

INTERNATIONALE INITIATIVE FÜR DIREKTE DEMOKRATIE UND  
VOLKSENTSCHEID GEGEN ATOMANLAGEN

Offener Brief an die Regierungen aller Länder!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Sie sind auf Zeit gewählt. Aber Sie fällen Entscheidungen, die über das Maß Ihrer Verantwortung hinausgehen. Der Traum von der sauberen und ungefährlichen Nutzung der Atomenergie war naiv und gefährlich-lebensgefährlich. Er ist ausgeträumt. Tschernobyl hat die Menschen wach gemacht: Atomanlagen sind unverantwortlich. Sie gefährden unser Leben und das Leben der nach uns kommenden Generationen wie keine andere Technologie. Sie bedrohen das irdische Leben im Ganzen ständig und unabsehbar lange. Atomanlagen sind Atombomben mit Zeitzündern. Trotz aller Sicherheitsvorkehrungen gibt es keine wirkliche Sicherheit. Das gilt für Atomanlagen im Westen ebenso wie für die im Osten. Das sogenannte Restrisiko schließt die Gefahr einer atomaren Katastrophe mit ein, einer Katastrophe, die große Landstriche über viele Generationen hinweg zu einer radioaktiven Wüste machen könnte. Und schließlich, wohin mit dem radioaktiven Müll? Es gibt auf der ganzen Erde bis heute kein sicheres Endlager für den "strahlenden Abfall". Und es wird keines geben. Denn niemand kann heute Verantwortung für Zeiträume übernehmen, die kein Menschengestalt überschauen kann. Tschernobyl hat gezeigt: Die radioaktive Strahlung kennt keine Grenzen. Und sie ist überall: in der Luft, im Regen, im Boden, im Wasser, in den Pflanzen und den Tieren; in allem, was wir zu uns nehmen. So werden wir selbst allmählich zur Strahlenquelle.

Wer vor Tschernobyl, trotz aller Warnungen, Atomanlagen errichten ließ, war ein unverantwortlicher Hasardeur. Wer aber auch nach Tschernobyl noch an dieser Technik festhält, ist ein gefährlicher Terrorist und Verbrecher. Das Wort "Terror" bedeutet Schrecken. Die wahren Terroristen von heute sind die, die uns, unsere Mitwelt, Umwelt und Nachwelt pausenlos mit Zerstörung und Verseuchung erschrecken.

Deshalb müssen wir jetzt die Konsequenzen ziehen. Der Traum ist vorbei. Tschernobyl hat uns ein böses Erwachen bereitet. Aber der Wecker klingelt nicht zweimal. Wenn alles verstrahlt ist, gibt es keine Rettung mehr. Wir müssen vorher handeln. Wir haben nur eine Möglichkeit: Alle Atomanlagen abschalten. So schnell, wie möglich. Mit jedem Tag, den wir warten, steigt das Risiko.

WEIL WIR NICHT WEITER ZUSCHAUEN WOLLEN; WIE EINE HANDVOLL VON POLITIKERN UND ATOMLOBBISTEN UNSER LEBEN UND DAS LEBEN UNSERER KINDER AUF'S SPIEL SETZEN, WEIL WIR ZU IHNEN, UNSEREN POLITIKERN, KEIN VERTRAUEN MEHR HABEN UND WEIL WIR MEINEN, DASS, WO ALLE BETROFFEN SIND, AUCH ALLE ENTSCHEIDEN MÜSSEN, DESHALB FÖRDERN WIR, DASS DIE BEVÖLKERUNGEN EUROPAS SELBST ENTSCHEIDEN KÖNNEN!

Parlamente sind zur Beratung und Entscheidung von Gesetzen notwendig und sinnvoll. Aber in Lebensfragen, in denen die Zukunft aller Menschen auf dem Spiel steht, muß es die Möglichkeit direkter Entscheidungen der betroffenen Menschen geben. Über den Organen der Regierung und des Parlaments steht der Wille des Volkes. (.. und die direkte Entscheidung). Vergessen Sie nicht:

In der Demokratie liegt alle Staatsgewalt beim Volke. DIE DEMOKRATIE KENNT KEINE HERRSCHAFT GEWISSENLOSER MACHTELITEN AUS MILITÄR, WIRTSCHAFT UND POLITIK. DIE DEMOKRATIE LEBT AUS DER UNMITTELBAREN ENTSCHEIDUNG DES VOLKES.



Wahlen reichen hierfür nicht aus. sie ermöglichen keine Sachentscheidungen, sondern nur pauschal die Zustimmung zur Politik einer Partei. Die Zukunft unseres Lebens ist zu wichtig, als das sie auf dem Altar der Parteipolitik geopfert werden könnte. Die Mehrheiten für oder gegen Atomkraft liegen quer zu den Mehrheiten für diese oder jene/Sache/Politik. Die Bevölkerung hat hier längst eine Koalition geschlossen, auch wenn die Politiker sich noch streiten. Geben Sie dieser Koalition, geben Sie dem Leben, geben Sie der Demokratie eine Chance. Zerstören Sie nicht unsere Hoffnung und die Hoffnungen der Jugend. Nehmen Sie uns nicht völlig den Glauben an die Demokratie! Sonst werden die Recht behalten, die schon heute an der Demokratie unserer Länder zweifeln und meinen, man müsse mit Gewalt und Terror bekämpfen, was uns terrorisiert.

Resignation und Militanz sind die Folgen einer Politik, die das kritische und demokratische Engagement in der Bevölkerung bekämpft, statt es zu stützen. Eine Politik, die die alte Erfahrung bestätigt: "Die da oben machen sowieso was sie wollen. Wir haben da nichts zu sagen."

DOCH MIT ATOMWAFFEN UND ATOMANLAGEN IST EIN PUNKT ERREICHT, AN DEM DIE TOLERANZ DER BEVÖLKERUNG IN EMPÖRUNG UMSCHLÄGT. WER DEMOKRATISCHE ENTSCHEIDUNGEN VERWEIGERT, WIRD GEWALTSAMEN PROTEST ERNTEN.

Deshalb lautet unsere Forderung, und die Forderung von vielen Menschen in Europa an Sie:

Sie erhielten Ihr Amt nicht, um Ihrer Willkür oder den Interessen der Atomindustrie zu folgen, sondern um den Willen der Bevölkerung, der Völker zu dienen. Ermöglichen Sie IN ALLEN LÄNDERN EUROPAS VOLKSABSTIMMUNGEN ÜBER DAS ABSCHALTEN DER ATOMANLAGEN! Geben Sie der Bevölkerung in dieser wie in anderen Fragen die Möglichkeit, durch Initiative von unten Volksbegehren und Volksentscheide rechtsverbindlich herbeizuführen. Schaffen Sie durch Erlaß oder Veränderung bestehender Gesetze die Voraussetzung, =daß die Initiative zum Volksentscheid nur von unten, aus der Mitte der Bevölkerung, herbeigeführt werden kann. Die Anzahl der bei der Initiative und beim Volksbegehren erforderlichen Unterschriften "Quorum" darf keinesfalls zu hoch angesetzt werden. (Unser Vorschlag: 2,5% der Stimmberechtigten)

=daß die von der Initiative vorgelegten Forderungen unverändert zur Abstimmung gestellt werden.

=daß die Initiative vor der Abstimmung in allen Medien informieren kann, und daß jede Bürgerin, jeder Bürger mit Ja und Nein rechtsverbindlich abstimmen kann.

Nur so können Volksabstimmungen demokratisch initiiert und durchgeführt werden. Die europäische Initiative für direkte Demokratie wird in/allen/ allen westlichen und östlichen Ländern Europas auf dieses Ziel hinwirken. Alle Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, diese Kampagne zu unterstützen. Auch Sie, meine Damen und Herren Politiker. Es wird ihre Bevölkerung interessieren, ob Ihnen Ihre Macht wichtiger ist, oder die Demokratie und der Wille des Volkes.

Wir werden Sie nicht in Ruhe lassen. Dramatische Entwicklungen verlangen mutige Entscheidungen. Wer sie verschläft oder verhindert versündigt sich vor der Geschichte und den kommenden Generationen. Die Wiener Konferenz "Anti-Atom-International" hat deutlich gemacht, daß in immer mehr Ländern die Bevölkerung nicht mehr bereit ist, es weiter hinzunehmen, daß Politiker, Militär und Atomlobby ihr Leben und das Leben nachfolgender Generationen aufs Spiel setzen.

---

ICH UNTERSTÜTZE DEN "OFFENEN BRIEF AN DIE REGIERUNGEN ALLER LÄNDER"  
UND "DIE EUROPÄISCHE INITIATIVE FÜR DIREKTE DEMOKRATIE"

Unterschriften:



## ANHANG

Nach der Katastrophe von Tschernobyl, vor knapp einem Jahr, gab es viele Initiativen, die sich mit der Frage der Kernenergie auseinandersetzten. Eine von ihnen ist die nachstehende Willenserklärung, die zu einer breiten Diskussion über die Risiken der Kernenergie in der DDR führte. Zu dieser Erklärung, die eine Volksabstimmung über den weiteren Umgang mit Kernenergie fordert, gingen bis jetzt 1113 Unterschriften ein. Am 26.4.1987, dem Jahrestag von Tschernobyl, erhält die Volkskammer der DDR über die Zahl, der bis dahin eingegangenen Unterschriften einen Zwischenbescheid. Wir danken allen, die bis jetzt und auch weiterhin durch Abschreiben, Weitergeben und Diskutieren diese Initiative unterstützen.

Martin Böttger

Ralf Hirsch

Gerd Poppe

---

Adressat dieser Willenserklärung ist die Volkskammer der DDR

Kontaktpersonen: Martin Böttger  
Am Zirkus 6  
Berlin  
1040

Ralf Hirsch  
Leninallee 38  
Berlin  
1017

Gerd Poppe  
Rykestraße 28  
Berlin  
1055

Die Kontaktpersonen verpflichten sich, zu zählen und das Ergebnis der Volkskammer in laufenden Abständen mitzuteilen. Wir bitten, diese Willenserklärung zu unterschreiben, zu verbreiten und den Kontaktpersonen zu übergeben.

---

### WILLENSERKLÄRUNG

Nach der Katastrophe von Tschernobyl hat sich die weltweite Diskussion um Alternativen zur Kernenergie verstärkt. Auf dem XI. Parteitag der SED wurde für unser Land eine erhebliche Steigerung des Anteils der Kernenergie beschlossen. Wir sind beunruhigt, über die Risiken und tödlichen Gefahren, die hieraus entstehen könnten und sehen uns in unserer Mitverantwortung in besonderer Weise gefordert.

Die Verfassung der DDR sieht in Artikel 21 und 53 die Möglichkeit der Volksabstimmung vor. Die Beschlußfassung darüber obliegt der Volkskammer. Zur Vorbereitung einer Volksabstimmung ist eine breite Volksgespräche und die umfassende Information der Bevölkerung über die Vorzüge und Gefahren der Kernenergie unumgänglich. Im Ergebnis dieser Diskussion müßten, neben bereits bestehenden, auch alternative Konzepte zur Abstimmung vorliegen.

Ich unterstütze durch meine Unterschrift den Willen, daß die Volkskammer der DDR eine Volksabstimmung zum weiteren Umgang mit der Kernenergie veranlaßt.

-----  
Unterschriften: